

„Warken Stoppen!“

Widerstand gegen das GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz aus Gewerkschaft, Ländern und Verbänden

Die Regierungskoalition will die Beiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung stabilisieren. Unter Hochdruck sollte noch vor der Sommerpause ein GKV-Spargesetz durch das parlamentarische Verfahren gebracht werden. Doch hat sich breiter Widerstand gegen die Sparpläne von Bundesgesundheitsministerin **Nina Warken** (CDU) formiert. Der Gegenwind kommt nicht nur von Gewerkschaften, aus den Krankenhäusern und Praxen, sondern auch aus den Bundesländern, den dortigen Gesundheitsministerien und sogar aus den eigenen Regierungsfractionen.

Die Entscheidung des Bundestags zum Gesetzentwurf zum sogenannten GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz mit massiven Einschnitten für Krankenhäuser und Pflegekräfte wurde verschoben: Nicht, wie ursprünglich geplant, am 26. Juni 2026, sondern erst in der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause, also bis zum 10. Juli, soll es in der zweiten und dritten Lesung im Bundestag zur Abstimmung kommen.

Das Gesetz soll nunmehr in der letzten Sitzungswoche, aber weiterhin vor der parlamentarischen Sommerpause beschlossen werden. Am 10. Juli 2026 sollte sich auch der Bundesrat final mit dem Gesetz befassen. Voraussetzung hierfür ist, dass er einer Fristverkürzung zustimmt. Am 10. Juli war eine Entscheidung im Bundesrat über die Anrufung des Vermittlungsausschusses bezüglich des GKV-Kürzungsgesetzes geplant. Ob die Länderkammer diese Entscheidung auf seine erste Sitzung nach der parlamentarischen Sommerpause am 25. September vertagt, war bei Redaktionsschluss zu dieser Ausgabe noch nicht absehbar.

Zur Verschiebung erklärt der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, **Dr. Christos Pantazis**, man brauche angesichts der Tragweite des Gesetzes etwas mehr Zeit, etwa um die Ergebnisse der Anhörung im Gesundheitsausschuss am 22. Juni angemessen berücksichtigen zu können. „Die zusätzlichen Tage werden wir nutzen, um offene Fragen abschließend zu beraten und das Gesetz weiter zu präzisieren. Unser gemeinsames Ziel als Koalitionsfraktionen bleibt ein Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens noch vor der Sommerpause“, so Pantazis.

Ates Gürpınar, Sprecher für Gesundheitsökonomie Fraktion Die Linke im Bundestag: „Die Verschiebung der letzten Lesung ist ein Eingeständnis: Die Regierung steht mit ihrem GKV-Gesetz mit dem Rücken zur Wand. Wir lassen nicht locker. Wir erhöhen den Druck und bringen unseren Protest gegen den Sozialstaatsabbau auf die Straße. Dieses Kürzungspaket darf nicht beschlossen werden!“

Gegenwind aus den Ländern

Im Rahmen der Gesundheitsministerkonferenz am 10. und 11. Juni 2026 in Hannover und auch in der darauffolgenden

Sitzung des Bundesrates am 12. Juni 2026 kritisierten die Länderminister die Pläne des Bundeskabinetts. Auch der Bundestag war am 12. Juni erstmals mit der geplanten GKV-Finanzreform befasst.

Als zentrale Schwachstellen im Kürzungsgesetz wurden von den Ländern vor allem die ausbleibenden kostendeckenden GKV-Beiträge für Bürgergeldbeziehende genannt. Die Bundesregierung bürde die fehlenden 12 Mrd. € einseitig den gesetzlich Versicherten auf. Die ausbleibenden Bürgergeldbeiträge machen den Löwenanteil der Finanzierungslücke in der GKV aus.

Auf einer Demonstration in Hannover gegen das GKV-Spargesetz, zu der parallel zur GMK viele Tausend Bürgerinnen und Bürger zusammenfanden, versprach der niedersächsische Gesundheitsminister **Andreas Philippi** (SPD), der in diesem Jahr den Vorsitz der GMK innehat, der Bundesgesundheitsministerin klarzumachen, dass „mit uns Sozialreformen, die zu großen Ungerechtigkeiten in dieser Gesellschaft führen werden, nicht machbar sind.“ So lehnen die Länder etwa die beabsichtigte maximale Verschlechterung bei der jährlichen Anpassung der Landesbasisfallwerte ebenso ab wie die Streichung der vollen Refinanzierung der Tariflöhne im Pflegebudget. Ebenso lehnen die Länder die Erhöhung der Prüfquoten des Medizinischen Dienstes (MD) mit Verweis auf dringend notwendige Entbürokratisierung ab. Deregulierung und Entbürokratisierung sehen Länder wie auch wir Krankenhäuser als große Chance für mehr Effizienz und Kostensenkung im Gesundheitswesen.

Hamburgs Gesundheitssenatorin **Melanie Schlotzhauer** sagte: „Die vorliegende Gesetzesinitiative des Bundes dazu ist keine Reform, sondern ein reines Spargesetz. Die richtige Reihenfolge ist, zunächst wirkliche Strukturreformen umzusetzen, die das Gesundheitswesen einfacher, digitaler und damit effizienter machen. Gleichzeitig darf die Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung nicht allein über Einsparungen erfolgen. Wir erwarten daher vom Bund eine auskömmliche Finanzierung der versicherungsfremden Leistungen. Die Sozialversicherung ist keine Sparkasse des Bundes.“

Gordon Schnieder (CDU), seit Mai 2026 Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz, kritisierte im Bundesrat die zusätzlichen Belastungen durch die Sparpläne für die ohnehin finanziell gebeutelten Kliniken: So würden für die Versorgung unverzichtbare Kliniken in die Pleite getrieben. Nordrhein-Westfalens Gesundheitsminister **Karl-Josef Laumann** (CDU) knüpfte hier an: „Zwei Drittel der Kliniken in NRW sind in gemeinnütziger Trägerschaft. Wenn die in die Schieflage geraten, ist es aus.“ Laumanns Vorschlag: „Wir müssen an die Bürokratie ran.“ Krankenhäuser müssten in die Lage versetzt werden, Effizienz zu gewinnen, auch in Personalfragen. „Krankenhäuser brauchen

ein gewisses Maß an Flexibilität.“ Sie bräuchten nicht noch mehr Prüfungen durch den Medizinischen Dienst: „Wir müssen raus aus diesem Teufelskreis der Bürokratie.“ Mit Nachdruck sprach Laumann, der neben Gesundheit ebenfalls das Ressort Arbeit innehat, auch gegen die Deckelung der Tarifsteigerungen.

Die Versicherung der Bürgergeldempfänger würde allein den GKV-Versicherten aufgebürdet, der Bund entziehe sich weiter dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe. Der Bund sei gefordert, diese Ungerechtigkeit zu beseitigen – wie es auch von der Finanzkommission Gesundheit empfohlen worden sei, sagte **Petra Grimm-Benne** (SPD), Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung in Sachsen-Anhalt. Die Gesundheitspolitik sei das Thema, das die Bürger gegenwärtig am meisten bewege. In Sachsen-Anhalt wird am 6. September ein neuer Landtag gewählt.

Die Lage der GKV-Finzen verlange zwar energische Maßnahmen, da seien sich die Länderminister einig, betonte die bayerische Gesundheitsministerin **Judith Gerlach** (CSU). „Wir dürfen aber nicht riskieren, dass unverzichtbare Versorgungsstrukturen zerschlagen werden.“ Wer mehr Effizienz von den Krankenhäusern fordere, müsse ihnen auch die Möglichkeit geben, effizienter zu arbeiten.

Berlins Gesundheitssenatorin **Ina Czyborra** (SPD) bezeichnete das GKV-Spargesetz als „Abrissbirne“. Die Senatorin, die zugleich das Ressort Wissenschaft führt, wies auf die Auswirkungen insbesondere der Universitätsmedizin hin: Auch die Universitätskliniken wären massiv betroffen vom geplanten Spargesetz: „Hier geht es nicht nur um die Versorgung der Patientinnen und Patienten, sondern auch um Innovation, Forschung und Lehre. Wer hier kürzt, meldet sich von der Spitzenmedizin ab“, so Czyborra.

Bundesrat fordert Bürokratieabbau und Ende der Finanzierung versicherungsfremder Leistungen

In einer umfangreichen Stellungnahme haben die Länder in der Bundesratssitzung am 12. Juni 2026 deutliche Kritik am von der Bundesregierung geplanten Gesetz zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung geübt.

Darin betonen die Länder, es sei nicht Aufgabe der gesetzlichen Krankenversicherung, versicherungsfremde Leistungen und gesamtgesellschaftliche Aufgaben zu finanzieren. Die von der Bundesregierung geplante erhöhte Finanzierung bei der Grundsicherung sei dafür nicht ausreichend. Angesichts der finanziellen Schieflage der Krankenkassen sei es zudem unverständlich, dass der Bundeszuschuss für versicherungsfremde Leistungen reduziert werden soll. Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, die Beiträge für die Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung allein zu tragen.

Der Bundesrat warnt auch vor einer hohen Insolvenzgefahr für Krankenhäuser. Diese würden durch die Sparmaßnahmen überproportional belastet, obwohl sie durch die Aussetzung der Mehrbegünstigungsklausel im Jahr 2026 bereits einen Beitrag

in Höhe von 1,8 Mrd. € zur Beitragsstabilisierung geleistet hätten. Die Länder fordern, im gesamten Gesundheitssektor den derzeitigen bürokratischen Aufwand abzubauen.

Die Länderkammer fordert in ihrer am 12. Juni beschlossenen Empfehlung die Bundesregierung unter anderem auf, umgehend ein Gesetz zum Abbau bürokratischer Vorgaben im gesamten Gesundheitssektor, vor allem im Krankenhausbereich, auf den Weg zu bringen. In diesem Zusammenhang fordert der Bundesrat zudem, die durch das Krankenhausreformenpassungsgesetz (KHAG) vorgesehene Verschärfung der Koppelung jeder Leistungsgruppenzuweisung an den monatscharfen Nachweis der Pflegepersonaluntergrenzen in allen pflegesensitiven Bereichen zurückzunehmen. Bereits im Zuge des Beschlusses des KHAG hat der Bundesrat auf die hierdurch drohenden Verwerfungen hingewiesen und sieht daher die zwingende Notwendigkeit, das betreffende Qualitätskriterium zur Prüfung der Pflegepersonaluntergrenzen in den Leistungsgruppen zu streichen.

Die Länder fordern die Bundesregierung zudem auf, die Ausweitung der Prüfungen durch den Medizinischen Dienst (MD) insgesamt deutlich bürokratieärmer auszugestalten. Die derzeit vorgesehene Anhebung der Schwellenwerte für die Festlegung der Prüfquote und des Prüfgegenstandes führten zu einer erheblichen Ausweitung des bürokratischen Aufwands, sowohl bei den Krankenhäusern als auch bei dem mit den Prüfungen zu beauftragenden MD, heißt es in der Empfehlung. Anstelle der geplanten Änderung der Prüfquoten des MD sowie der Ausweitung der Abrechnungsprüfungen könnten die Ergebnisse methodisch sauberer, valider Stichprobenprüfungen des MD auf die Gesamterlöse der betroffenen Kliniken hochgerechnet werden, wie es im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vorgesehen sei.

Auch stellen die Länder die Bedeutung von Prävention für ein nachhaltiges, funktionierendes und finanzierbares Gesundheitswesen heraus.

„Kürzungskahlschlag“ und „Kettensägenreform“

Auch der Bundestag hat sich am 12. Juni erstmals mit der geplanten Finanzreform der Gesetzlichen Krankenversicherung befasst. In der kontroversen Aussprache beklagten Redner der Opposition, der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf des GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetzes sei unausgewogen und reiche nicht aus, um weitere Beitragsanstiege zu vermeiden.

Der Grünen-Abgeordnete **Dr. Janosch Dahmen** rügte die Bundesgesundheitsministerin scharf: „Was Sie hier vorlegen, ist ein Kürzungskahlschlag mit der Rasenmähermethode, mitten hinein in die Versorgung.“ Dabei treffe es immer die Falschen. Der ehemalige Bundesgesundheitsminister **Jens Spahn** (CDU) habe die Rücklagen der GKV verschleudert, dieses Geld fehle heute. Viele Krankenhäuser schrieben rote Zahlen, der hausärztlichen Versorgung werde der Boden unter den Füßen weggezogen noch bevor das Primärsystem greifen solle. „Sie wissen nicht, was Sie hier tun.“



Dahmen prophezeite, dass höhere Beiträge so nicht zu verhindern seien, zumal sich Warken bei den Ausgaben offenkundig „grob überschätzt“ habe. Der Gesundheitspolitiker spielte damit auf aktuelle Meldungen an, wonach die Finanzierungslücke in der GKV im laufenden Jahr nochmals um 3,5 Mrd. € höher ausfallen wird als die bisher prognostizierten 15,3 Mrd. €. Dahmen sprach von einem „unzureichend wirksamen, unausgewogenen und offensichtlich schlecht gemachten Gesetz“. Alle Annahmen und Berechnungen seien in sich zusammengebrochen. Patienten, Personal, Arbeitnehmern und Arbeitgebern würden existenzielle Einschnitte zugemutet. Dabei habe die Finanzkommission Gesundheit (FKG) mit ihren 66 Vorschlägen eine gute Grundlage geliefert, um die Beiträge sogar zu senken. „Sie haben daraus ein offensichtlich qualitativ unzureichendes Paket gemacht.“

Stella Merendino (Die Linke) sprach von einer „Kettensägenreform“ und fügte hinzu: „Sie sparen, wo Menschen gepflegt, behandelt und gerettet werden.“

Die Bundestagsabgeordnete der Fraktion Die Linke forderte vor allem eine Entlastung der Mitarbeiter in den Krankenhäusern. Diese Menschen würden von der Bundesregierung offenbar als unerschöpfliche Ressource angesehen, die immer weiter belastet werden könne.

Auch Merendino ging auf die prekäre Finanzlage der Kliniken ein und warnte vor den geplanten Einsparungen. Es wäre möglich gewesen, eine solidarische Gesundheitsversicherung einzuführen, hohe Einkommen und Kapital zu besteuern, stattdessen werde eine „Feuerlöschmedizin“ betrieben. Zwar könne die Regierung ein fragwürdiges Gesetz beschließen, aber letztlich niemanden zwingen, unter diesen Bedingungen im Beruf zu bleiben.

SPD verspricht „soziale Ausgewogenheit“

Redner von Union und SPD versprachen, das parlamentarische Verfahren zu nutzen, um alle Regelungen aus dem Gesetzentwurf genau zu prüfen. **Dr. Christos Pantazis** (SPD) machte in seiner Rede deutlich, was aus seiner Sicht auf dem Spiel steht. Die GKV sei ein Versprechen, dass jeder Bürger eine medizinische Versorgung bekomme, unabhängig vom Einkommen, vom Wohnort und von der persönlichen Lebenssituation. Er fügte hinzu: „Wir dürfen nicht zulassen, dass die finanzielle Stabilität der gesetzlichen Krankenversicherung weiter erodiert. Die Lage ist ernst.“

Die Bundesgesundheitsministerin verteidigte das Sparpaket. Nina Warken betonte, eine entschlossene Finanzreform sei unerlässlich, um Beiträge zu stabilisieren und die Versorgung weiter auf hohem Niveau garantieren zu können. Nach der einstündigen ersten Lesung wurde der Entwurf an die Ausschüsse überwiesen. Federführend ist der Gesundheitsausschuss.

Auch in der Gegenäußerung der Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrates zum Kürzungsgesetz hält die Bundesregierung im Wesentlichen an den geplanten Kürzungen für die Krankenhäuser fest.

DKG: 140 000 Arbeitsplätze in Kliniken gefährdet

Anlässlich der Anhörung im Gesundheitsausschuss des Bundestages am 22. Juni wies der DKG-Vorstandsvorsitzende **Dr. Gerald Gaß** auf eine aktuelle Untersuchung zu den Auswirkungen des geplanten GKV-Spargesetzes hin: Es gefährde rund 140 000 Arbeitsplätze in deutschen Krankenhäusern bzw. jede zehnte Klinikstelle. Das ergab eine Berechnung des hcb-Instituts zu den Auswirkungen des Kürzungsgesetzes unter Federführung des Gesundheitsökonom **Prof. Dr. Boris Augurzky**. Was die Beschäftigten der Krankenhäuser seit Wochen auf die Straßen treibe, werde auch durch eine Wirkungsanalyse bestätigt: „Die planlose Kürzungspolitik der Bundesregierung im Gesundheitswesen gefährdet jede zehnte Stelle in den Krankenhäusern“, so Gaß. Um die Milliardenkürzungen aufzufangen, werde den Krankenhäusern keine andere Wahl bleiben, als Personal abzubauen, um den wirtschaftlichen Weiterbetrieb zu sichern und Insolvenzen zu vermeiden. „Spätestens jetzt wird deutlich, dass das Beitragsstabilisierungsgesetz in Wahrheit ein reines Kürzungsgesetz ist, das mehr Probleme schafft als löst“, so der DKG-Chef. Gaß bezeichnete die Politik der Gesundheitsministerin Nina Warken als „absurd“: „Seit Jahren steht in der Gesundheitspolitik der Fachkräftemangel ganz oben auf der Tagesordnung, zahllose Akteure zerbrechen sich den Kopf, wie sich mehr Menschen für einen Beruf im Krankenhaus begeistern ließen. Dank der verfehlten Gesundheitspolitik der Bundesregierung müssen eben noch hart umworbene Fachkräfte aber plötzlich um ihre Stelle fürchten.“ Sein Appell an die Bundesregierung: Die volle Übernahme der versicherungsfremden Leistungen, insbesondere die Kosten der Bürgergeldbezieher. Steuern auf gesundheitsschädliche Produkte wie Zucker, Alkohol und Tabak erhöhen oder überhaupt einführen – und in die Kasse der GKV fließen lassen. Mehr Handlungsspielraum zu eigenem effizienten Handeln für Kliniken und andere Anbieter im Gesundheitswesen: „Über Deregulierung und Entbürokratisierung darf jetzt nicht mehr nur in Sonntagsreden gesprochen werden.“

„Rote Karte für Warken“

Mehr als 15 000 Beschäftigte aus den Kliniken, Bürgerinnen und Bürger protestierten in ganz Deutschland gegen das GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz. Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di hatte am 10. Juni zu einer Demonstration in Hannover aufgerufen – parallel zur Gesundheitsministerkonferenz (GMK), die gleichzeitig in der Landeshauptstadt Niedersachsens stattfand. Allein in Hannover waren mehr als 8 000 Menschen gekommen, die vehement gegen die geplanten Sparmaßnahmen der Bundesgesundheitsministerin Nina Warken protestierten und sich mit lauten Pfiffen und Rufen ihrer Wut über vorgesehene Kürzungen im Gesundheitssystem Luft machten. Tausendfach zeigten die Protestierenden der Gesundheitsministerin die Rote Karte. Dicht an dicht drängten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf dem großen Platz der Menschenrechte vor dem Neuen Rathaus in Hannover. Ein

gutes Dutzend Busse mit weiteren Demonstranten aus Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt waren auf der A2 im Stau hängengeblieben. Sie verfolgten die Veranstaltung per Video auf Social-Media-Kanälen.

Die Proteste unter dem Motto „Warken stoppen“ richteten sich vor allem gegen die Pläne, das Pflegebudget zu deckeln und Tariflohnsteigerungen der Beschäftigten in den Kliniken nicht mehr gegenfinanzieren zu wollen. Die Deckelung des Pflegebudgets würde Kliniken zum Personalabbau zwingen.

Ver.di fordert stattdessen: Übernahme versicherungsfremder Leistungen durch den Bund, Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze auf Rentenversicherungsniveau, Pflegebudget am Bedarf statt an Finanzkennzahlen ausrichten: „Der Bundestag muss die Notbremse ziehen – gegen Klinik Kürzungen, Tarifaushöhlung und die geplante Pflegereform!“

Die Gesetzesvorlagen zur GKV und auch zur Pflegeversicherung weisen „eine erhebliche soziale Schieflage“ auf, sagte Verdi-Bundesvorständin **Sylvia Bühler**. „Sie sind richtig, richtig gefährlich für die Versorgung, für die Beschäftigten.“ Ein Pappaufsteller von Warken befand sich neben ihr auf der Bühne, „damit wir nicht vergessen, wer dieses fatale Gesetz auf den Weg gebracht hat“, so Bühler.

Es geht aber nicht nur um Arbeitsbedingungen und Tariflöhne der Beschäftigten in der Pflege. Redner auf den Podien und Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Proteste in ganz Deutschland sind sich einig: Insbesondere das geplante GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz spaltet die Gesellschaft.

Die Stabilisierung der Beitragssätze soll vor allem durch Ausgabendeckel und eine stärkere Belastung der Versicherten erreicht werden – nicht durch eine nachhaltige Reform der Einnahmeseite. Aus Sicht von ver.di droht eine strukturelle Unterfinanzierung des Systems, die sich in schlechteren Arbeitsbedingungen, eingeschränkter Versorgung und wachsender sozialer Ungleichheit niederschlägt.

Auch der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG), war zu der Kundgebung nach Hannover gekommen: „Nicht wir sind die Kostentreiber, sondern die Politik selbst hat es versäumt, ihren Beitrag zu leisten“, sagte Dr. Gerald Gaß. Mit ihren Reformvorschlägen verschlimmere die Bundesregierung die ohnehin schon klamme Finanzsituation der Krankenhäuser, indem sie etwa Tarifsteigerungen nicht mehr vollständig refinanzieren wolle, sagte Gaß. Sie nehme dabei einen „kalten Strukturwandel“ in Kauf.

Protestierende aus Kliniken berichteten, dass beispielsweise Notaufnahmen schon jetzt an ihrer Kapazitätsgrenze seien und Geburtsstationen den Betrieb einstellen müssten. Mit der geplanten Streichung der erst durch das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG) 2024 eingeführten vollständigen Tarifrefinanzierung für Krankenhausbeschäftigte und einem Zurückfallen auf den Stand vor Umsetzung des Krankenhausstrukturgesetzes (KSHG) 2015, mit dem eine erste Verbesserung der Tarifrefinanzierung eingeführt wurde, stelle sich der Referentenentwurf gegen die dringend erforderliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Kranken-



Mehr als 8 000 Menschen demonstrierten am 10. Juni 2026 in Hannover gegen die geplanten Sparmaßnahmen der Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU). Foto: krü

hausbereich, so ver.di. Tarifgebundene Träger würden benachteiligt, damit steht das Vorhaben diametral zur Verpflichtung des Gesetzgebers – auch entsprechend der EU-Mindestlohnrichtlinie und der dort vorgesehenen Maßnahmen – für eine Stärkung der Tarifbindung und -anwendung in Deutschland zu sorgen.

Rückendeckung erhielten die Protestierenden vom Leiter der Konferenz der Gesundheitsminister, die zur selben Zeit mit Warken in Hannover tagte. Es werde Warken von den Ländern verdeutlicht, dass „mit uns Sozialreformen, die zu großen Ungerechtigkeiten in dieser Gesellschaft führen werden, nicht machbar sind“, gelobte der niedersächsische Gesundheitsminister Andreas Philippi (SPD) während der Kundgebung am Neuen Rathaus in Hannover.

Die Niedersächsische Allianz für die Krankenhäuser hatte im Vorfeld der BMK erklärt, die geplanten Eingriffe der Bundesregierung stünden im deutlichen Widerspruch zu der bereits laufenden Krankenhausreform. „Diese kann geordnet nur gelingen, wenn die wirtschaftliche Stabilität der Krankenhäuser gesichert bleibt. Weitere Kürzungen erhöhen hingegen das Risiko deutlich, dass Krankenhäuser noch vor Umsetzung der Reform ausscheiden werden, was zu einer Gefährdung der Versorgungssicherheit führt.“

Die Allianz stellt klar: Eine leistungsfähige Krankenhauslandschaft ist unverzichtbarer Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Politische Entscheidungen müssen dieses Ziel stärken und dürfen die bestehenden Strukturen nicht weiter destabilisieren. Tariftreue und Personalkostenkürzungen passen nicht zusammen. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages dürfen das Gesetz in dieser Form nicht beschließen.“

Abrissbirne und Bagger in Berlin

Am 11. Juni demonstrierten vor dem Brandenburger Tor, in Rufweite zum Bundestag, Klinikmitarbeiter gegen die Auswirkungen des GKV-Spargesetzes auf die Versorgungsstrukturen. Um diese noch drastischer ins Bild zu bringen, zertrümmerte ein Bagger symbolisch ein paar Krankenhausbetten. BKG-Geschäftsführer **Marc Schreiner**: „Statt zu reformieren, schwingt das Gesundheitskürzungsgesetz die Abrissbirne gegen die Daseinsvorsorge.“ Die Folgen würden alle Berliner zu spüren bekommen. „Hier geht es nicht um gute Gesundheitsversorgung, sondern um Einsparungen zulasten der Patientinnen und Patienten sowie der Beschäftigten. Es wird Einschnitte in der Gesundheitsversorgung geben – wenn der Bund nicht endlich seine Hausaufgaben macht.“

Gisela Neunhöffer, stellvertretende Landesfachbereichsleiterin Gesundheit und Soziales Berlin-Brandenburg, Ver.di, erklärte: „Gestern Hannover, heute Berlin. Wir erleben gerade den Klinikaufstand – den Aufstand derjenigen, die das Rückgrat der Gesundheitsversorgung bilden. Wir lassen nicht zu, dass die Gesundheitsversorgung weiter zusammengestrichen wird und Gesundheitsbeschäftigte Tariferhöhungen mit Burnout bezahlen sollen. Gleichzeitig macht sich der Bundeshaushalt einen schlanken Fuß, und Hochvermögende werden geschont. Das ist



In Berlin wurden in Sichtweite zum Deutschen Bundestag symbolisch Krankenhausbetten zertrümmert. Foto: Gregor Zielke

eine moralische Bankrotterklärung. Dieses Gesetz darf so nicht beschlossen werden.“

Auch Berlins Gesundheitssenatorin Ina Czyborra (SPD), war zur Protestkundgebung gekommen.: „Wir können unsere Krankenhäuser nicht in dieser Form schwächen, während sie parallel verschiedene Reformen umsetzen müssen.“ Die Zeche würden andere zahlen – nämlich die Kliniken, die Versicherten und die Kommunen, betonte die Senatorin.

Baden-Württembergs Gesundheitsminister **Oliver Hildenbrand** (Bündnis 90/Die Grünen) forderte ebenfalls deutliche Nachbesserungen am geplanten GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz und warnte vor einseitigen Belastungen zulasten der Versicherten, der Beschäftigten im Gesundheitswesen und der Krankenhäuser. „Baden-Württemberg steht für eine nachhaltige und solidarische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Es ist richtig, dass mit dem GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz ein Maßnahmenpaket zur Konsolidierung der Finanzen auf den Weg gebracht wird. In der jetzigen Form geht der Gesetzentwurf aber einseitig zulasten der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler sowie der Leistungserbringer und lässt den Bund weitgehend außen vor“, sagte Hildenbrand am 11. Juni in Hannover. „Die breite Diskussion und der große Unmut zeigen, wie groß der Handlungsdruck ist. Reformen im Gesundheitswesen müssen ausgewogen, solidarisch und tragfähig sein. Einseitige Belastungen werden wir nicht mittragen.“

Aktionstag: zurückgegebene Betten, verschlossene Türen

Die Krankenhäuser Mecklenburg-Vorpommerns gaben am 10. Juni gemeinsam mit der Krankenhausgesellschaft (KGMV) symbolisch Krankenhausbetten an die Landesregierung und die Landkreise zurück. „Die Aktion soll zeigen, was droht, wenn den Krankenhäusern von Bundesseite wie geplant weitere Sparmaßnahmen in Milliardenhöhe abverlangt werden“, erklärte der Geschäftsführer der KGMV, **Uwe Borchmann**.

Am Mittwoch, dem 11. Juni, wurde in vielen Städten gegen das GKV-Spargesetz demonstriert: in Bayern beispielsweise in München, Nürnberg, Würzburg, Deggendorf und Kempten.

An einem Aktionstag der Kliniken am 11. Juni beteiligen sich mehr als 130 Kliniken in Baden-Württemberg. Viele Häuser hatten für zwei Stunden symbolisch ihre Türen verschlossen. Die symbolische Aktion zeigt, was droht, wenn die Politik die Krankenhäuser weiter im Stich lässt“, erklärt der Vorstandsvorsitzende der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft (BWKG), **Heiner Scheffold**. Diese große Beteiligung mache sehr deutlich, welche dramatischen Folgen das geplante Beitragssatzstabilisierungsgesetz für die Versorgung der Patientinnen und Patienten haben könnte. Die baden-württembergische Aktion war auch von Bayern, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland übernommen worden.

„Situation tarifgebundener Krankenhäuser wird sich weiter verschärfen“

Mehrere Unternehmens-, Arbeitgeber-, Dienstgeber- und Fachverbände haben ihre Kritik an wesentlichen Regelungen bekräftigt und fordern Nachbesserungen an dem Gesetzentwurf. In einer gemeinsamen Erklärung des Deutschen Evangelischen Krankenhausverbandes (DEKV), des Katholischen Krankenhausverbandes Deutschlands, Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände, des Verbandes diakonischer Dienstgeber in Deutschland, der Arbeitsgemeinschaft caritativer Unternehmen (AcU) und Dienstgeberseite der Caritas Dienstgeber (DGS) heißt es: „Stabile Beitragssätze in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) sind ein wichtiges Ziel. Die vorgesehenen Maßnahmen setzen jedoch an den falschen Stellen an und bergen die reale Gefahr von Leistungseinschränkungen. Die wirtschaftliche Situation tarifgebundener Krankenhäuser wird sich weiter verschärfen. Öffentliche wie freigemeinnützige Krankenhäuser werden durch die gedeckelte Tarifierfinanzierung angesichts hoher Personalkostenquoten unmittelbar unter wirtschaftlichen Druck geraten. Die erfolgreichen Bemühungen der vergangenen Jahre, Berufe in der Medizin und Pflege attraktiver zu gestalten, werden durch die geplante Refinanzierungsänderung genauso aktiv konterkariert, wie das politische Ziel der Regierungskoalitionen, die Tarifbindung bundesweit zu erhöhen. Die Folge könnte ein ungesteuerter Abbau von Versorgungskapazitäten sein.“

Wirksame Einsparpotenziale lägen stattdessen in einer zielgerichteten Patientensteuerung, dem konsequenten Ausbau der Telemedizin, einer Flexibilisierung von Personalvorgaben sowie

dem Abbau überflüssiger Melde- und Nachweispflichten. Notwendige Dokumentationsanforderungen müssten konsequent digitalisiert und länderübergreifend harmonisiert werden. Die geplante Anhebung der Prüfquoten durch den Medizinischen Dienst würde hingegen zusätzlichen bürokratischen Aufwand verursachen und die Krankenhäuser weiter belasten, heißt es in der Erklärung: „Tarifbedingte Personalkostensteigerungen müssen auch künftig vollständig refinanziert werden. Andernfalls entstehen Finanzierungslücken, die viele Krankenhäuser nicht aus eigener Kraft schließen können.“

Ver.di meldete sich im Vorfeld der Sitzung des Gesundheitsausschusses des Bundestags nochmals zu Wort und forderte die Ausschussmitglieder der demokratischen Parteien auf, zentrale Korrekturen am Gesetzentwurf zur Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassen vorzunehmen. „Diese Reform ist ein Spiel mit dem Feuer“, heißt es in einem Offenen Brief des Ver.di-Vorsitzenden **Frank Werneke** und der für das Gesundheitswesen zuständigen Ver.di-Bundesvorständin **Sylvia Bühler**. Der Gesetzentwurf weise in seiner jetzigen Form „eine eklatante soziale Schieflage“ zulasten der Beschäftigten im Gesundheitswesen, der gesetzlich Versicherten sowie der Patientinnen und Patienten auf. „In den vergangenen Tagen haben rund 15 000 Menschen gegen die geplanten Kürzungen demonstriert. Hören Sie auf die Warnungen der Beschäftigten, die sich unter schwierigen Bedingungen täglich um kranke und pflegebedürftige Menschen kümmern“, appellierte Bühler an die Ausschussmitglieder. „Dieses Gesetz hätte fatale Auswirkungen auf die Patientenversorgung und die Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen – es darf in dieser Form nicht kommen.“

Konkret fordert ver.di unter anderem, dass die Krankenkassen Tarifierhöhungen in Krankenhäusern, Reha-Einrichtungen, psychiatrischen Kliniken, im Rettungsdienst sowie in der ambulanten Pflege weiterhin vollständig refinanzieren. Auch die Kosten der Pflege am Bett müssten den Kliniken weiterhin vollständig erstattet werden. In vielen Krankenhäusern entspreche die Personalausstattung noch nicht dem Pflegebedarf. „Es war der erklärte politische Wille, die Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen und speziell in der Pflege zu verbessern. Wer dies nun infrage stellt, hat die alltäglichen Probleme in den Gesundheitseinrichtungen nicht verstanden. Eine erneute Berufsfucht wäre die unmittelbare Folge“, sagte Bühler. Insgesamt drohe bei einer weiteren Verschärfung der wirtschaftlichen Situation vieler Kliniken der Verlust tausender Arbeitsplätze, unter dem neben den Beschäftigten vor allem die Patientinnen und Patienten leiden würden.

Angesichts der Debatten über drohende Beitragserhöhungen betonte die Gewerkschafterin noch einmal: „Es gibt Alternativen zu Kürzungen beim Gesundheitspersonal und bei den Leistungen für Versicherte. Der Bund muss endlich seiner Verantwortung nachkommen und versicherungsfremde Leistungen aus Steuern finanzieren.“

Katrin Rüter



Mehr als 8 000 Menschen protestierten am 10. Juni im Hannover gegen die Sparpläne und zeigten Gesundheitsministerin Nina Warcken die Rote Karte. Fotos: krü



Auch in Berlin gab es Protest gegen die Sparpolitik der Bundesregierung. „Klinikrettung jetzt!“ hieß es am Brandenburger Tor. Fotos: krü/Gregor Zielke (1)